

Auszüge aus:

„Praktischer Sozialismus – Antwort auf die Krise der Gewerkschaften“

Hrsg. Hans-Jürgen-Krahl-Institut e.V., Pahl-Rugenstein-Verlag ISBN 978-3-89144-398-9,
broschiert, 44 Seiten, 4,95 Euro, erscheint Anfang Januar 2008

Die Broschüre kann ab sofort für 5 Euro inkl. Porto direkt beim HJKI (info@hjki.de)
vorbestellt werden.

Inhalt der Broschüre:

Vorwort	7
Für einen praktischen Sozialismus	9
Gewerkschaften	10
Exkurs: Der bürgerliche Staat	12
„Gewerkschaftsstaat“	13
Politische Parteien der Arbeiterbewegung	14
Exkurs: Staatsinterventionismus	16
Strukturkrise der Gewerkschaften	20
Exkurs: Die politische Technologie	23
Zwischenbemerkung	25
Radikaler Reformismus	25
Neu beginnen	27
Anhang	31
Anmerkungen	34
Literaturverzeichnis	42

„Die scheinbare Alternativlosigkeit des dekadenten Kapitalismus ist seine schärfste ideologische Waffe, weil sie Anklang findet in der alltäglich erfahrenen Ohnmacht der von ihrer Gesellschaft entfremdeten Einzelnen und deren Resignation.“

Vorwort

Der vorliegende Essay »für einen praktischen Sozialismus« sollte ursprünglich als Supplement der Zeitschrift »Sozialismus« erscheinen. Der unter »Neu Beginnen« vorgestellte allgemeine Strategievorschlag zur gesellschaftlichen Transformation war vorher in einem kleinen Kreis von Interessierten über Rundbriefe des Hans-Jürgen-Krahl-Instituts diskutiert worden und sollte nun auch gesellschaftskritischen Gewerkschaftern zur Kenntnis gebracht werden. Dabei sollte vor allem die Grundidee einer Organisation von Proletarisierten als Verlaufsform »historischer

Produktion« (Marx) in Transparenz zu den existierenden Möglichkeiten ihrer Realisation dargestellt werden. Das ist auch der bleibende Grund, warum wir es für gerechtfertigt hielten, den Text in dieser Form unverändert als »Antwort auf die Krise der Gewerkschaften« zu veröffentlichen, auch wenn er sich nun als gesonderte Broschüre an ein breiteres und heterogeneres Publikum wendet, als bei seiner Abfassung vorgesehen. Der Theorieüberhang im ersten Teil schien uns ein notwendiges Übel, wollten wir doch Begriffe und Zusammenhänge nicht als selbstverständlich voraussetzen, die oft mehrdeutig und unter unterschiedlichen Voraussetzungen gebraucht werden und durchaus in den laufenden Diskussionen nicht als Gemeinplätze gelten können.

Ebenso ist die terminologische Anlehnung an die Regulationsschule, auch wenn sie nicht in der theoretischen Tradition steht, auf die sich unser Institut stützt, Ausdruck unseres Bemühens, vom ersten Adressaten unseres Vorschlages verstanden zu werden.

Dabei kann vielleicht gerade bei dem zentralen Begriff der Gemeinwirtschaft der Eindruck entstehen, es handele sich bei dem Wortgebrauch um Äquivokationen, hat doch die Gemeinwirtschaft im gewerkschaftlichen Kontext eine bestimmte Bedeutung, die durch unseren allgemeinen Gebrauch des Wortes als einfacher Gegensatz zur bornierten Produktionsweise unterlaufen zu werden scheint.

Es gibt aber dies Verhältnis von allgemeiner zu bestimmter Bedeutung einen Sachverhalt wieder. Die gegenwärtige Gemeinwirtschaft würde im organisatorischen Rahmen der dargestellten Verlaufsform historischer Produktion in der Tat zu einem einfachen Antagonismus zur kapitalistischen Produktionsweise werden. Unter historischer Produktion verstand Marx die »Produktion der Verkehrsform selbst«. Eine bewusste, organisierte Produktion der gesellschaftlichen Verkehrsformen ist aber den Proletarisierten eben durch die herrschenden Verkehrsformen unmöglich.

Die Konkurrenz paralyisiert eine bewusste kollektive Entscheidung und die Eigentumslosigkeit an Produktionsmitteln entfremdet sie der materiellen Bedingungen der Produktion, die und deren Gebrauch ja gerade der Gegenstand solcher Entscheidungen wären.

Nach dem praktischen Scheitern der reformistischen- und Revolutionsmodelle gesellschaftlicher Transformation, die allesamt einen logischen Bruch zwischen ihren Voraussetzungen und Mitteln und ihrem vorgeblichen Endziel aufwiesen, scheint uns die Besinnung auf den Marxschen Gedanken, die radikale Aufhebung der Entfremdung sei die »wirkliche Bewegung«, mahnd geboten.

Eben dies ist auch der Grundgedanke der vorliegenden Schrift und, wie wir meinen, dessen Konkretisierung. (...)

(...)

»Gewerkschaftsstaat«

Erst die selbstkonstituierte organisatorische Einheit von Arbeitslosen und Lohnabhängigen und damit die vollständige Aufhebung der Konkurrenz unter den atomisierten Proletarisierten machte aus ihnen eine Klasse an und für sich. Auch aus diesem Grund können Gewerkschaften, wie zu zeigen sein wird, keine revolutionären Organisationen des Proletariats sein.

Die Vollbeschäftigung ist zwar das eigentliche Ideal der Gewerkschaften, dem auch taktisch Einkommensverbesserungen geopfert werden können, weil es die vollständige Aufhebung der Konkurrenz unter den Arbeitskräfteanbietern unter den Bedingungen einer beschleunigten Akkumulation des Kapitals verspricht, an der die Arbeitskräfteanbieter, gestärkt in ihrer kollektiven Verhandlungsposition, bis zum für die Akkumulation noch Erträglichen teilhaben könnten. Die Vollbeschäftigung kann jedoch, nach der Logik des Kapitals, nur eine

vorübergehende Erscheinung sein. Da die Gewerkschaften aber Zusammenschlüsse von Proletarisierten über die ihnen gemeinsame Eigenschaft, Arbeitskraftverkäufer zu sein, sind, unterliegt ihre wesentliche Funktion, die Konkurrenz der Proletarisierten untereinander einzuschränken, einer strukturellen organisatorischen Restriktion und ist eine andere Zielvorstellung als die Vollbeschäftigung ausgeschlossen.

Die allgemeine Konkurrenz manifestiert sich in einer Fraktionierung des Lagers der Proletarisierten in ein aktives Arbeitsheer von Lohnabhängigen und eine industrielle Reservearmee von Arbeitslosen. Da die Gewerkschaften nur Mindestbedingungen für die individuellen Arbeitsverträge durchsetzen können, ist die gewerkschaftliche Organisation prinzipiell unfähig, die Einheit der proletarischen Klasse herzustellen, denn die Lohnarbeitslosen haben solange kein organisierbares Interesse an diesen Mindestbedingungen, wie ihnen deren Voraussetzung überhaupt, ein individueller Arbeitsvertrag fehlt. Zudem steht dem unbeschäftigten Teil der Proletarisierten das zentrale Mittel zur Durchsetzung dieser Ziele, der Streik, nicht zur Verfügung. Die Alternative einer Organisation der industriellen Reservearmee über die gemeinsame Eigenschaft, außer Lohn zu stehen, trüge, davon abgesehen, einen Selbstwiderspruch in sich. Der Erfolg einer solchen Organisation, möglichst viele ihrer Mitglieder wieder in Lohn und Brot zu bringen, entzöge ihr zugleich die Interessengrundlage. Wo es also zur Arbeitslosenorganisation kommt, da zu einem Zusammenschluss von Langzeitarbeitslosen, die keine Aussicht auf Beschäftigung haben und sich deshalb, wie auch die Gewerkschaften, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und den Folgen, die diese für die Verhandlungsposition der Arbeitskräfteanbieter hat, mit ihren Forderungen nach Alimentierung nicht an den Kapitalisten, sondern an den Staat wenden müssen. Denn trotz der Unmöglichkeit, ihr Ziel auf der bestehenden organisatorischen Grundlage zu erreichen, tendieren die Gewerkschaften zu dieser vollständigen Aufhebung der Konkurrenz unter den Proletarisierten.

Der durch den Staat vermittelte »Sozialismus in einer Klasse« (Scharpf) besteht im Zentrum aus der Alimentierung der Arbeitslosen durch die Arbeitslosenversicherungsbeiträge der abhängig Beschäftigten. Der Staat macht diese Konzessionen an die Gewerkschaften aus zwei, in seinem Wesen als zentraler Regulator des Kapitals liegenden bereits bekannten Gründen. Er ist zum einen politisch an der Stabilität des Kapitalverhältnisses interessiert und zum anderen auch als ökonomisch abhängige Institution. Die regulative Funktion politischer Stabilität kann, außer durch die institutionelle Einbindung, auch durch eine Kombination von ideologischem Konsens und Zwang hergestellt werden. Da aber, wie gesehen wurde, sowohl Ideologie als auch Zwang ihre Grundlage und damit auch relative Grenze in der mehrheitlichen Anerkennung der den Staat konstituierenden bestimmten Form der Geselligkeit durch die beiden antagonistischen Hauptklassen haben, kommt der Methode der Einbindung der Vorrang zu. Gleichzeitig ist die institutionelle Einbindung des ökonomischen Klassenkampfes der Arbeitskräftebesitzer an materielle Grundlagen der ökonomischen Entwicklung gebunden, so dass mit dem Schwinden dieser Grundlagen auch der institutionalisierte Klassenkompromiss im Sozialstaat zerbrechen muss.

(...)

Strukturkrise der Gewerkschaften

Die Strukturkrise der Gewerkschaften ist vor allem durch die mit der neuen Welle der Rationalisierung einhergehende Differenzierung der abhängigen Beschäftigungsverhältnisse und die Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung verursacht.

Unter den Bedingungen einer Standortkonkurrenz der Nationalstaaten um die Anlage eines international agierenden Kapitals kommt es zum systematischen Abbau des Sozialstaates und zur

Privatisierung des staatlichen Sektors. Die Perspektive der Vollbeschäftigung weicht einem sozialdemokratischen Konzept der allgemeinen Wertsteigerung der Ware Arbeitskraft durch deren Höherqualifikation, die zugleich vor Austauschbarkeit und Konkurrenz schützen und so die Verhandlungsposition des einzelnen Arbeitskraftanbieters verbessern soll. Allerdings können »beträchtliche (...) Teile der Modernisierungsverlierer – Arbeitslose, Beschäftigte in prekären und unsicheren Verhältnissen, geringer Qualifizierte, Opfer von Leistungsdruck, zunehmender Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen usw. (...) von dieser Politik keine Perspektiven erwarten«.

Das bedeutet eine Krise für die politische Einbindung, die zugleich den latenten Interessenkonflikt zwischen betrieblicher und Verbundebene der Gewerkschaften aktualisiert, wurde dieser Konflikt bisher doch durch die national ausgerichteten Tarifverträge ausgeglichen. Anschaulich beschreiben Bernd Riexinger und Werner Sauerborn dieses Dilemma in ihrem Essay »Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle«. Die Autoren benennen auch richtig »das grundsätzliche Problem«: »die Inkongruenz von Branchenstrukturen und Reichweite von Tarifverträgen« im Gefolge der Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung. Und sie führen aus: »Die gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit schmilzt mit der Erosion der Flächentarifverträge dahin. Die für die Zukunft der Gewerkschaft immer zentralere Forderung nach ‚Verteidigung der Flächentarifverträge‘ birgt dabei eine fatale Doppeldeutigkeit: In der Tat sind Flächentarife das Instrument des branchenweiten Konkurrenzausschlusses, von dessen Funktionieren die Wirksamkeit von Gewerkschaften abhängt. Was die Gewerkschaften aber konkret verteidigen oder wiederherzustellen versuchen, nämlich die vielen real existierenden Verträge mit den Arbeitgeberverbänden, sind im ökonomischen Sinne, auf den es hier allein ankommt, längst keine Flächentarife mehr, sondern nationale Segment-Tarifverträge in transnationalen Branchen.«

Ihr konsequenter Vorschlag »sich dem Kapital an die Ferse zu heften und eine Perspektive für multinationale Branchengewerkschaften zu entwickeln« und, um diese Perspektive durchsetzen zu können, die politische Einbindung, welche die Gewerkschafter zu »Co-Managern des Sozialabbaus« mache, aufzugeben, die »Anerkennungsfalle« zu verlassen, stattdessen aber »wieder neue Strukturen (zu) schaffen (...), mit denen sie (...) innerhalb eines ‚ganzen Gewerbes‘, d.h. entlang der Wirtschafts- und Branchengrenzen, die sich um nationalstaatliche Grenzen immer weniger scheren, das Prinzip des Konkurrenzausschlusses wieder in Kraft setzen« könnten, müsste bei dem Versuch seiner Verwirklichung nicht nur an der, wie gezeigt wurde, wesentlichen Notwendigkeit zur politischen Anerkennung scheitern, sondern auch an der Tatsache, dass es auf Ebene der supranationalen regionalen Blöcke keine dieser Notwendigkeit entsprechenden Institutionen gibt und aller Voraussicht nach auch nicht geben wird, einfach, weil sie von der Kapitaleseite nicht gewollt sind. Abgesehen davon ist aber auch für eine »multinationale Branchengewerkschaft« ähnlich wie für die Sozialdemokratie eine »Überwindung der Defensive« nur dort zu erwarten, »wo qualifizierte Arbeit verrichtet wird und diese über die entsprechenden Ressourcen verfügt«. Auch hier gibt es für die »Modernisierungsverlierer« keine Perspektive.

Neben der Internationalisierung ist die Dominanz der Aktiengesellschaft als unternehmerische Eigentumsform eine weitere Folge des Zentralisations- und Konzentrationsprozesses des Kapitals. Dies führt für die Allokation und Art und Weise der Mehrwertaneignung des Kapitals zu einer erweiterten Unabhängigkeit gegenüber bestimmten Unternehmen. Ein Indikator dieser Veränderung ist die Shareholder-Value-Orientierung der Unternehmensführungen. Diese Unternehmensgrenzen überschreitende Aneignung von Mehrwert bildet nach dem »Erschöpfen

der tayloristischen Produktivitätspotentiale« (Hirsch) die Voraussetzung des neuen »industriellen Paradigmas« (Lipietz).

Galt im Fordismus dank staatlich garantierter Nachfrage und der Kapitalisierung der Reproduktionssphäre der Arbeitskraft, die »Logik der Massenproduktion« (Revelli), nach der die »Neutralisierung des Problems der Kosten durch die Ausweitung der Produktionsvolumen« geleistet werden konnte, so gilt es unter der Bedingung struktureller Überakkumulation »sogar bei stagnierenden oder verringerten Produktionsvolumina beständig Kosten (zu) senken«. Die Logik der kapitalistischen Rationalisierung ist die tendenzielle Verwirklichung des bereits im Tauschwert der Ware virtuell enthaltenen allgemeinen Durchschnitts »gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit« (Marx). Der an mindestens zwei unterschiedlichen Größen ermittelte Durchschnitt wird als Maßstab wieder an die Ursprungsgrößen angelegt; das, was über diesem Durchschnitt liegt, wird »wegrationalisiert«, das darunter dient als neue Ursprungsgröße.

Diese Funktion wird sowohl über den Marktmechanismus ausgeführt, wie auch durch den Fließbetrieb, in dem die Geschwindigkeit des Fließbandes die durch tayloristische Bewegungsstudien ermittelte durchschnittliche Arbeitszeit des Verbundarbeiters repräsentiert. Der Ohnismus dehnt die tayloristische Effektivierung von dem einzelnen Arbeiter auf den Verbundarbeiter aus. Die Intensivierung der Arbeit wird durch die wissenschaftliche Durchdringung des gegenständlichen Arbeitsprozesses vorbereitet, sie ermöglicht die Einbindung vordem der subjektiven Verfügung des Arbeiters unterliegender Teilfunktionen des Arbeitsprozesses in die Kybernetik der Systeme vergangener Arbeit. Diese gradlinig fortschreitende Enteignung von Qualifikationen der Arbeitskraft durch ihre »reelle Subsumtion« (Marx), hat mit der Integration der Informatik in den materiellen Produktionsprozess, die kommunikativen Kompetenzen und die operative Entscheidungsfunktion erreicht.

Eine die betrieblichen Verbundarbeiter formell subsumierende, Unternehmensgrenzen überschreitende Mehrwertaneignung des Kapitals vereinigt die makro- und mikroökonomische Durchschnittsermittlung indem der Arbeitsprozess des so entstandenen realen »gesellschaftlichen Gesamtarbeiters« (Marx) sowohl auf der Ebene innerhalb der Unternehmen wie auf der Ebene zwischen den Unternehmen durch die, der klassisch tayloristischen, regulativen Methode an Effizienz überlegene, Regelkreismethode des Marktmechanismus rationalisiert wird: »jede Station (ist) gleichzeitig ‚Lieferant‘ für jemanden und ‚Kunde‘ für jemand anderen«. Die sich in der vielgestaltigen Flexibilisierung der Arbeitszeit und dem durch Auslagerungen in massenhaftem Entstehen und Vergehen von einseitig abhängigen scheinselfständigen Kleinunternehmen äußernde permanente ‚selbstregulierte‘ Effektivierung des Gesamtarbeiters produziert vor allem »relative Überbevölkerung«.

Diese auf der Ebene des Gesamtarbeiters neu entstandenen, starker Fluktuation unterworfenen Fraktionen der Proletarisierten entziehen sich nicht nur der traditionellen gewerkschaftlichen Organisation, es steht ihnen auch aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess die Anwendung des zentralen Mittels zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele nicht offen. Aber auch die konzeptuelle Aufgaben ausführenden hochqualifizierten Lohnabhängigen und die, weil von der neuen Arbeitsweise erheischt, mit größeren operativen Entscheidungsmöglichkeiten betrauten qualifizierten Arbeitskräfte gehen den Gewerkschaften, durch Gewinnbeteiligungsmodelle unternehmerisch eingebunden, tendenziell als Mitglieder verloren.

Die einem, dem Ohnismus strukturell akkomodierten, noch rigideren tayloristischen Regime (»bloody taylorism«, Lipietz) unterworfenen Gering- oder Unterqualifizierten der Zentren aber befinden sich auf einem solchermaßen segmentierten internationalen Arbeitsmarkt in Konkurrenz zu Arbeitskräfteanbietern der Peripherie mit einem entschieden niedrigeren Niveau in der historisch-kulturellen Wertdimension der Ware Arbeitskraft.

»Doch gerade von einer Integration der unterschiedlichen Lagen, Interessen und Bedürfnisse hängt die Erneuerung solidarischer Politik ab – und damit nicht mehr und nicht weniger als die Zukunft der Gewerkschaften.« Wie aber soll diese Integration organisatorisch aussehen? Um diese Frage realistisch beantworten zu können, müssen zunächst aber die Feststellungen Riexingers und Sauerborns uneingeschränkt anerkannt und geteilt werden: »Die Gewerkschaften sind in ihrer derzeitigen Aufstellung an Grenzen geraten, die ihnen einen qualitativen Sprung abverlangen, einen Neubeginn, der in vielerlei Hinsicht Analogien mit der Gründungssituation der Gewerkschaften im 19. und frühen 20. Jahrhundert aufweist. Eine historische Preisfrage wird dabei sein, ob die notwendige neue Formation in organisatorischer Kontinuität der nationalen Gewerkschaftsstrukturen stattfinden wird, oder ob sich diese am Ende als reformunfähig erweisen und das Mandat auf den Souverän zurückfällt, die ArbeitnehmerInnen sich jenseits der bisherigen Strukturen neue Gewerkschaften schaffen müssen.«

»Marx hat mir – wie oft! – als seine Ansicht ausgesprochen, wir kämen am wohlfeilsten weg, wenn wir die ganze Bande auskaufen könnten.« (Engels)

Neu beginnen

Es stellt sich also mit dem Ende der Illusion von seiner Reformierbarkeit und der von der Gegensätzlichkeit eines Staatssozialismus zum Kapital, erneut die Frage nach der Aufhebung des Kapitalverhältnisses. Diese Infragestellung der kapitalistischen Vergesellschaftung ist auch der Forminhalt derjenigen Praxis, die den gewerkschaftlichen Forderungen ihre Durchsetzungskraft verliehen hat und auch noch verleiht und die den Doppelcharakter der Gewerkschaften ausmacht. Der Widerspruch zwischen der Organisationsform der Gewerkschaften als Kartell und der in ihnen stattfindenden subversiven Praxis des Streiks verhält sich komplementär zum Kapitalverhältnis, in welchem die Forminhalte gesellschaftlicher Arbeit durch die Form der Produktionsverhältnisse und des gesellschaftlichen Verkehrs negiert sind.

(...)

Das in der Arbeiterbewegung vorherrschende Bewusstsein verhält sich seinen realen Grundlagen gegenüber weitestgehend ideologisch, dann zumindest, wenn Ideologie als die Inkongruenz des intelligiblen Gehalts einer Praxis mit dem sie begleitenden Bewusstsein definiert wird. Ein den gegenwärtigen Anforderungen genügender mögliche Neubeginn kennt keine Stunde Null, er ist bereits in der allgemeinen Entwicklungslogik der traditionellen Gewerkschaften angelegt. Die Gewerkschafter gründen einen »allgemeinen Fonds« (Engels), um den Lohnausstand während des Streiks durchhalten zu können.

Diese Streikkasse muss bei Verstärkung der Organisierung möglichst so verwaltet werden, dass sie die gewerkschaftliche Arbeit tragen kann. Der Streik ist ein verlustreiches Risikounternehmen, das darum tendenziell zum letzten Mittel der Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen werden muss. Es ist also nicht im Interesse der Gewerkschaften, die Kasse allein an den Zweck des Streiks zu binden, sondern das Vermögen vermögensmehrend anzulegen. Auch kann darum die Streikkasse und der Erlös aus ihrer gewinnbringenden Anlage nicht unter den Gewerkschaftsmitgliedern verteilt werden, wie es unvermittelt der Interessengrundlage eines Kartells entspräche.

In diesem Umstand gründet die gewerkschaftliche Bürokratie. Die Anlage der Streikkasse in eigens gegründete Konsumgenossenschaften erfüllt zwei wesentliche Erfordernisse. Zum einen darf das Geld der gegnerischen Seite nicht zufließen, weil es anderenfalls gegen die Solidarität der Arbeitskräfteanbieter, etwa in der Aussperrung als Teil der Kapitalreserve genützt werden könnte, und zum anderen haben die Konsumgenossenschaften, wie bereits weiter oben dargestellt, den gleichen Effekt auf den Wert der Arbeitskraft wie die Lohnerhöhung, hier eben nur über die Verbilligung der Reproduktionskosten durch das Ausscheiden des Zwischenhandels. Der Ausweitung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen auch auf Produktionsgenossenschaften und Banken steht und stand prinzipiell nichts entgegen. Die in dieser Dynamik liegende Möglichkeit, die Lohnarbeitslosen in der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft zu organisieren und so die Aufhebung der Konkurrenz unter den Proletarisierten zu vollenden, hätte allerdings, wie schon festgestellt wurde, eine neue organisatorische Grundlegung der Gewerkschaften zur Voraussetzung.

(...)

(Der Einfachheit halber haben wir die umfangreichen Anmerkungen bei den vorliegenden Auszügen weggelassen.)